PB.W-01-303

Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in:	KV Hagen
Beschlussdatum:	20.04.2021

Änderungsantrag zu PB.W-01

Von Zeile 302 bis 304 einfügen:
Unternehmen auf dem europäischen Markt auch international Verantwortung für ihre Produktions- und Vertriebsweise entlang der gesamten Wertschöpfungskette übernehmen. Um dieser Verantwortung Rechnung zu tragen benötigt es eine staatlich kontrollierte und international standardisierte Rechnungslegung und Bilanzierung von Treibhausgas-Emissionen für die Wertschöpfungskette eines jeden Unternehmen und ihrer Produkte. Diese benötigt von Anfang an eine Anbindung an (1) digitale Kalkulations-Lösungen, welche den Ressourcen-Aufwand für Unternehmen so klein wie möglich halten, (2) die Förderung eines neuen Berufszweigs in Ausbildung und Studium zur unternehmerischen Analyse von Treibhausgasen und (3) eine darauf basierende Emissions-Regulierung und Bildung von Verbraucherschutz-Informationen. Die Handlungsspielräume von Kommunen in Europa wollen wir erhalten und die Daseinsvorsorge vor

Begründung

Im Einkauf von Konsum- und Industriegütern versuchen viele Menschen verantwortungsvoll und im Sinne unseres Klimas zu agieren. Allerdings werben Anbieter in den meisten Fällen nur mit Nachhaltigkeit, ohne in Zahlen explizit ihren CO2-Fußabdruck auszudrücken. Für Kunden besteht keine Vergleichsbasis, um Behauptungen von Nachhaltigkeit bewerten zu können, geschweige denn zwischen der Nachhaltigkeit verschiedener Anbieter quantitativ unterscheiden zu können. Eine ähnliche Problematik gilt für Investitions- oder Arbeitsplatz-Entscheidungen, oder Regulierungen durch den Staat.

Eine Verantwortungsübernahme von Unternehmen für ihre Wertschöpfungsketten, wie im Programmentwurf dargestellt, ist wichtig und richtig. Allerdings ist so eine Verantwortungsübernahme nur sinnvoll ausgestaltet, wenn Sie durch andere Marktteilnehmer kontrollier- und bewertbar gemacht wird.

Im Bundestagsprogramm-Entwurf wird nicht konkretisiert wie so eine Verantwortungsübernahme dementsprechend ausgestaltet werden soll.

Aufgrund der Komplexität und Undurchsichtigkeit der meisten Wertschöpfungsketten für die öffentliche Hand, birgt z.B. eine Selbstverpflichtung oder jährliche Berichterstattungen der Industrie viel Spielraum für Schönung und ist keine robuste Basis für Regulierung oder Information von Verbrauchern, Arbeitnehmern und Investoren.

Die finanzielle Rechnungslegung und Bilanzierung ist ein Erfolgsmodell um solch komplexe und zuvor undurchsichtige Unternehmensprozesse nachhaltig offenzulegen und zu regulieren. Dies muss äquivalent zu Geldströmen, nun auch für Treibhausgas-Emissionen geschehen.

Dies kann eine solide Datenbasis bilden auf deren Grundlage die Entstehung und Regulierung von CO2-Emissionen ersichtlich wird und Markteilnehmer informierte Entscheidungen treffen können.